

Grant Agreement für Erasmus+-Mobilitätsteilnehmende – Hochschulbildung

Vereinbarung: Erasmus+ Mobilität für Einzelpersonen

Bereich: Hochschulwesen

Akademisches Jahr: 2025-2027

PRÄAMBEL

Diese **Vereinbarung** („die Vereinbarung“) wird **zwischen den** folgenden Parteien geschlossen: Einerseits

der **Hochschuleinrichtung** („Hochschuleinrichtung“):

Hochschule Trier (D TRIER02), International Office

Anschrift: Hochschule Trier
Schneidershof
54293 Trier, Germany
E-Mail: international@hochschule-trier.de

für die Unterzeichnung dieser Vereinbarung vertreten durch

Christoph **LEX** (Erasmus-Hochschulkoordinator),
Daniela **HAUBRICH** (Erasmus-Koordinatorin Umwelt-Campus Birkenfeld),
Berndt **WERNER** (Erasmus-Koordinator Campus Gestaltung)
oder deren Vertreter

Hinweis: Bitte füllen Sie diese Seite gut leserlich per Hand oder am PC aus.

und andererseits dem/der **Teilnehmenden** („Teilnehmende/r“):

Teilnehmende/r	Vorname, NACHNAME:	
	Anschrift (Wohnsitz):	
	Geburtsdatum:	
	Nationalität	
	Telefon:	
	E-Mail-Adresse:	

vorherige Förderung einer ERASMUS-Mobilität im gleichen Studienniveau:

nein / ja, für die Dauer von insgesamt _____ Tagen

gewählte **ERASMUS-Partnerhochschule:**

Mobilität	Hochschule, Land:	
	Haupttransportmittel: (womit Sie den überwiegenden Teil der Hin- und Rückreise zurücklegen)	<input type="checkbox"/> Zug / <input type="checkbox"/> Bus / <input type="checkbox"/> Fahrrad / <input type="checkbox"/> Mitfahrgelegenheit / <input type="checkbox"/> Auto / <input type="checkbox"/> Motorrad / <input type="checkbox"/> Flugzeug / <input type="checkbox"/> Schiff / <input type="checkbox"/> Andere: _____ (Nur EIN Transportmittel ankreuzen!)

Bankkonto, auf das die finanzielle Unterstützung (Verwendungszweck: ERASMUS-Stipendium) überwiesen werden soll:

Bankdaten	Inhaber des Bankkontos:	
	Name der Bank:	
	Clearing/BIC/SWIFT-Nummer:	
	Konto-/IBAN-Nummer:	

Die zuvor genannten Parteien sind übereingekommen, diese Vereinbarung zu schließen.
Diese Vereinbarung besteht aus:

- Bedingungen und Konditionen
- Anhang 1: Erasmus+ Lernvereinbarung für die Mobilität von Studierenden zu Studienzwecken¹
 Erasmus+ Mobilitätsvereinbarung für die Mobilität von Personal zu Lehrzwecken¹
 Erasmus+ Mobilitätsvereinbarung für die Mobilität von Personal zu Ausbildungszwecken¹
- Anhang 2: Erasmus-Studentencharta [bei einer Mobilität von Studierenden zu Studienzwecken]

Wird durch die Hochschuleinrichtung ergänzt:	
International Office	Projekt-Code:
	Erasmus+ Mobilitäts-ID-Nummer:
	<p>Der Gesamtbetrag umfasst:</p> <p><input type="checkbox"/> Förderrate für die individuelle Unterstützung für physische Langzeitmobilität</p> <p><input type="checkbox"/> Förderrate für die individuelle Unterstützung für physische Kurzzeitmobilität</p> <p><input type="checkbox"/> Aufstockungsbetrag (<i>Top Up</i>) für Studierende und Graduierte mit geringeren Chancen für Langzeitmobilität</p> <p><input type="checkbox"/> Aufstockungsbetrag (<i>Top Up</i>) für Studierende und Graduierte mit geringeren Chancen für Kurzzeitmobilität</p> <p><input type="checkbox"/> Reisekostenbeihilfe (<i>Betrag für Standardreise oder grünes Reisen</i>)</p> <p><input type="checkbox"/> Reisetage (<i>zusätzliche individuelle Betreuungstage</i>): _____ Tag(e) Anreise, _____ Tag(e) Abreise</p> <p><input type="checkbox"/> Außergewöhnliche Kosten für teure Reisen (<i>auf der Grundlage der tatsächlichen Kosten</i>) [gilt nicht für KA171]</p> <p><input type="checkbox"/> Finanzielle Zusatzförderung basierend auf dem Realkostenantrag</p> <p>Die/Der Teilnehmende erhält:</p> <p><input type="checkbox"/> eine finanzielle Unterstützung aus Erasmus+ EU-Mitteln</p> <p><input type="checkbox"/> Zero-Grant-Förderung</p> <p><input type="checkbox"/> teilweise finanzielle Unterstützung aus Erasmus+-Mitteln der EU für einen Teil der physischen Mobilitätsphase (anteilige Zero-Grant-Förderung) [nicht auf KA171-Mobilitäten anwendbar]</p>

¹ Es ist nicht zwingend erforderlich, Dokumente mit Originalunterschriften für Anhang 1 dieser Vereinbarung zu übermitteln: eingescannte Kopien von Unterschriften und elektronische Unterschriften können je nach den nationalen Rechtsvorschriften oder institutionellen Regelungen akzeptiert werden. [Lernvereinbarungen werden im Rahmen des Netzwerks "Erasmus without Paper" digital ausgetauscht und genehmigt].

Bedingungen und Konditionen

Artikel 1 - Gegenstand der Vereinbarung

- 1.1 Diese Vereinbarung legt die Rechte und Pflichten sowie die Bedingungen für die finanzielle Unterstützung fest, die für die Durchführung einer Mobilitätsaktivität im Rahmen des Programms Erasmus+ gewährt wird.
- 1.2 Die Hochschuleinrichtung gewährt der/dem Teilnehmenden Unterstützung bei einer Mobilitätsmaßnahme.
- 1.3 Die/Der Teilnehmende nimmt die in Artikel 3 vereinbarte Unterstützung oder Leistung an und verpflichtet sich, die Mobilitätsmaßnahme wie in Anhang I beschrieben durchzuführen.
- 1.4 Änderungen an dieser Finanzhilfevereinbarung werden von beiden Parteien durch eine förmliche Mitteilung per Brief oder elektronische Nachricht beantragt und vereinbart.

Artikel 2 - Dauer der Mobilität *(wird durch die Hochschuleinrichtung ergänzt):*

- 2.1 Die Mobilitätsphase beginnt am _____ und endet am _____.
- 2.2 Der von der Vereinbarung erfasste Zeitraum umfasst:
 - eine physische Mobilitätsphase von _____ bis _____, was _____ Tagen entspricht
 - _____ finanzierte Reisetage
 - eine virtuelle Komponente von _____ bis _____.
- 2.3 Das Zeugnis / die Teilnahmebescheinigung *(oder eine diesen Dokumenten beigefügte Erklärung)* muss den bestätigten Beginn und das bestätigte Ende der Dauer der Mobilitätsphase, einschließlich der virtuellen Komponente, enthalten.

Artikel 3 - Finanzielle Unterstützung

- 3.1 Die finanzielle Unterstützung wird nach den im Erasmus+ Programmleitfaden (*Fassung 2024*) angegebenen Finanzierungsregeln berechnet.
- 3.2 Der/die Teilnehmende erhält finanzielle Unterstützung aus Erasmus+ Mitteln der EU für eine physische Mobilität von _____ Tagen.
- 3.3 Der/die Teilnehmende kann einen Antrag auf Verlängerung der physischen Mobilitätsphase innerhalb der im Erasmus+ Programmleitfaden [Version 2024] festgelegten Höchstgrenze von 360 Tagen stellen. Stimmt die Hochschuleinrichtung der Verlängerung der Mobilitätsphase zu, wird die Vereinbarung entsprechend angepasst.
- 3.4 Die Hochschuleinrichtung stellt dem/der Teilnehmenden die gesamte finanzielle Unterstützung für die Mobilitätsphase und ggfls. die Reisetage zur Verfügung.
 - Die Hochschuleinrichtung leistet die erforderliche Unterstützung für den/die Teilnehmende/n, indem sie dem/der Teilnehmenden die benötigten Unterstützungsleistungen direkt bereitstellt. Die Hochschuleinrichtung stellt sicher, dass die erbrachten Leistungen den erforderlichen Qualitäts- und Sicherheitsanforderungen genügen.
 - Die Hochschuleinrichtung leistet die erforderliche Unterstützung für den/die Teilnehmende/n, indem sie dem/der Teilnehmenden einen Betrag von _____ EUR zahlt und außerdem folgende Leistungen direkt bereitstellt: *[Reisen/Aufenthalt]*. Die Hochschuleinrichtung stellt sicher, dass die direkt erbrachten Leistungen den erforderlichen Qualitäts- und Sicherheitsanforderungen genügen.
- 3.5 Die bereitgestellte finanzielle Unterstützung
 - Inklusionsbeihilfe
 - außergewöhnliche Kosten für teures Reisen
 - Reisebeihilfe
 - zusätzlicher Betrag für geringere Chancenbasiert auf der Grundlage der von dem/der Teilnehmenden vorgelegten Belege.

Artikel 4 - Anspruch auf finanzielle Unterstützung

- 4.1 Der/die Teilnehmende hat Anspruch auf finanzielle Unterstützung im Sinne des Artikels 3 (siehe oben), wenn er/sie die Aktivität während des in Artikel 2 genannten Zeitraums tatsächlich durchgeführt hat. Wenn die

finanzielle Unterstützung auf einem Realkostenantrag basiert, müssen ebendiese Realkosten durch Belege wie Rechnungen, Quittungen, etc. nachgewiesen werden.

- 4.2 Die finanzielle Unterstützung darf nicht zur Deckung von Kosten für Aktivitäten verwendet werden, die bereits aus Unionsmitteln finanziert werden. Sie ist jedoch mit jeder anderen Finanzierungsquelle vereinbar. Dies schließt ein Gehalt ein, das die/der Teilnehmende für das Praktikum oder die Lehrtätigkeit oder für eine Arbeit außerhalb seiner Mobilitätsaktivitäten erhalten könnte, sofern sie/er die in Anhang 1 vorgesehenen Aktivitäten durchführt.
- 4.3 Der/die Teilnehmende hat keinen Anspruch auf Erstattung von Wechselkursverlusten oder Bankkosten, die ihm/ihr von seiner/ihrer Bank für Überweisungen von der entsendenden Hochschuleinrichtung in Rechnung gestellt werden.
- 4.4 Der/die Teilnehmende verliert den Anspruch auf Förderung, wenn im Rahmen eines Austauschs nach **Luxemburg** weniger als 15 ECTS-Punkte erreicht werden. Alle bis dahin ausgezahlten finanziellen Unterstützungen müssen gemäß Artikel 6 fristgerecht zurückgezahlt werden.

Artikel 5 - Zahlungsmodalitäten

- 5.1 Im Falle einer **Outgoing**-Mobilität erfolgt die Zahlung an den/die Teilnehmende/n erfolgt spätestens (*je nachdem, was zuerst eintritt*):

- 30 Kalendertage nach Unterzeichnung der Vereinbarung durch beide Parteien
 das Datum des Beginns der Mobilitätsphase / [*Nicht zutreffend für Teilnehmende, die den Aufstockungsbetrag für geringere Chancen oder Inklusionsbeihilfe erhalten:*]
 nach Erhalt der Ankunftsbestätigung durch den/die Teilnehmende/n

Im Falle einer **Incoming**-Mobilität erhält der/die Teilnehmende rechtzeitig nach seiner/ihrer Ankunft individuelle Unterstützung und ggf. Reisebeihilfe.

Die Zahlung an den/die Teilnehmenden erfolgt in **zwei Raten**:

Die **erste Zahlung** über maximal 3x30 Tage (*entspricht 3 Monaten*) wird nach Einreichung der „Confirmation of ERASMUS+ Study Period“ (*oder vergleichbares Dokument*) mit der Bestätigung des ersten Tages, an dem der/die Teilnehmende an der Aufnahmeeinrichtung anwesend sein muss, angewiesen.

Die erste Zahlung erfolgt an den/die Teilnehmenden und entspricht somit einem prozentualen Anteil des in Artikel 3 genannten Betrags. Legt der/die Teilnehmende die entsprechenden Nachweise nicht rechtzeitig nach dem Zeitplan der Fördereinrichtung vor, ist im begründeten Ausnahmefall eine spätere Zahlung möglich.

Die **zweite Zahlung** erfolgt erst nach Vorliegen aller durch die Einrichtung angeforderten Dokumente und Informationen.

- 5.2 Die Einreichung der „Confirmation of ERASMUS+ Study Period“ (*oder vergleichbares Dokument*) mit der Bestätigung des letzten Tages, an dem der/die Teilnehmende an der Aufnahmeeinrichtung anwesend sein musste sowie die Übermittlung des Teilnehmendenberichts (*EU-Survey*) gilt als Antrag des/der Teilnehmenden auf Zahlung des Restbetrags der finanziellen Unterstützung. Die Hochschuleinrichtung hat 45 Kalendertage Zeit, die Restzahlung zu leisten oder eine Aufforderung zur Rückzahlung vorzunehmen, falls eine Rückzahlung fällig ist. Werden die durch die Einrichtung angeforderten Dokumente und Informationen nicht innerhalb einer Frist von 30 Tagen nach Beendigung der Mobilität eingereicht, gilt der Antrag auf Auszahlung des Restbetrages als nicht gestellt und die erste Zahlung ist gemäß Artikel 6 fristgemäß zurückzuzahlen.

Artikel 6 - Rückzahlung

Hält der/die Teilnehmende die Bedingungen der Vereinbarung nicht ein oder kündigt der/die Teilnehmende die Vereinbarung aus anderen als den in Artikel 13.1 genannten Gründen vorzeitig, so muss er/sie die bereits gezahlte Zuwendung innerhalb von 30 Tagen nach erfolgter Aufforderung zurückzahlen, es sei denn, mit der entsendenden Hochschuleinrichtung wurde etwas anderes vereinbart. Letzteres muss von der entsendenden Hochschuleinrichtung gemeldet werden und bedarf der Zustimmung der Nationalen Agentur.

Artikel 7 - Versicherung

- 7.1 Der/die Teilnehmende stellt sicher, über einen angemessenen Versicherungsschutz zu verfügen.
- 7.2 Der Versicherungsschutz umfasst mindestens eine Krankenversicherung sowie eine Haftpflicht- und eine Unfallversicherung.
- 7.3 Die für den Abschluss der Versicherung verantwortliche Partei ist: die/der Teilnehmende.

Artikel 8 - Sprachniveau und Online-Sprachunterstützung (OLS)

- 8.1 Der/die Teilnehmende kann die OLS-Sprachprüfung in der Mobilitätssprache (*falls verfügbar*) vor der Mobilitätsphase durchführen und die auf der OLS-Plattform verfügbaren Sprachkurse nutzen.

Artikel 9 - Teilnehmendenbericht

- 9.1 Der/die Teilnehmende muss den Teilnehmendenbericht über seine/ihre Mobilitätserfahrung (*über das Online-Tool: EU-Survey*) innerhalb von 30 Kalendertagen nach Erhalt der Aufforderung zur Erstellung des Berichts ausfüllen und einreichen. Die Hochschuleinrichtung kann von Teilnehmenden, die den Online-Teilnehmendenbericht nicht ausfüllen und übermitteln, die teilweise oder vollständige Rückzahlung der erhaltenen finanziellen Unterstützung verlangen.
- 9.2 Eine ergänzende Onlineumfrage kann dem/der Teilnehmenden zugesandt werden, damit eine vollständige Auswertung für Anerkennungsfragen möglich ist.

Artikel 10 - Ethik und Werte

- 10.1 Die Mobilitätsaktivität muss im Einklang mit den höchsten ethischen Standards und den geltenden EU-, internationalen und nationalen Rechtsvorschriften über ethische Grundsätze durchgeführt werden.
- 10.2 Der/die Teilnehmende muss sich zur Einhaltung grundlegender EU-Werte (*wie Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, einschließlich der Rechte von Minderheiten*) verpflichten und diese gewährleisten.
- 10.3 Verstößt der/die Teilnehmende gegen eine seiner/ihrer Verpflichtungen aus diesem Artikel, kann die finanzielle Unterstützung gekürzt oder nicht gezahlt werden.

Artikel 11 - Datenschutz

- 11.1 Alle personenbezogenen Daten im Rahmen der Vereinbarung werden unter der Verantwortung des in der Datenschutzerklärung genannten für die Verarbeitung Verantwortlichen im Einklang mit den geltenden Rechtsvorschriften zur Datenbereitstellung, insbesondere der Verordnung 2018/1725² und den damit verbundenen nationalen Datenschutzgesetzen, und zu den in der Datenschutzerklärung unter <https://webgate.ec.europa.eu/erasmus-esc/index/privacy-statement> genannten Zwecken verarbeitet.
- 11.2 Diese Daten werden ausschließlich im Zusammenhang mit der Durchführung und Weiterverfolgung der Vereinbarung durch die entsendende Hochschuleinrichtung, die Nationale Agentur und die Europäische Kommission verarbeitet, unbeschadet der Möglichkeit der Weitergabe der Daten an die für die Kontrolle und Prüfung gemäß den EU-Rechtsvorschriften zuständigen Stellen (Rechnungshof oder Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF)).
- 11.3 Der/die Teilnehmende kann auf schriftlichen Antrag Zugang zu seinen/ihren personenbezogenen Daten erhalten und falsche oder unvollständige Angaben korrigieren. Der/die Teilnehmende sollte sich bei Fragen zur Verarbeitung seiner/ihrer personenbezogenen Daten an die entsendende Hochschuleinrichtung und/oder die Nationale Agentur wenden. Der/die Teilnehmende kann bei dem/der Europäischen Datenschutzbeauftragten eine Beschwerde gegen die Verarbeitung seiner/ihrer personenbezogenen Daten im Hinblick auf die Verwendung der Daten durch die Europäische Kommission einreichen.

² Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen, Ämter und Agenturen der Union und zum freien Datenverkehr sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 und der Entscheidung Nr. 1247/2002/EG.

Artikel 12 - Aussetzung der Vereinbarung

- 12.1 Die Vereinbarung kann auf Initiative der teilnehmenden Person oder der Hochschuleinrichtung ausgesetzt werden, wenn außergewöhnliche Umstände - insbesondere *höhere Gewalt* (siehe Artikel 16) - die Durchführung unmöglich machen oder übermäßig erschweren. Die Aussetzung tritt an dem Tag in Kraft, der von den Parteien in einer schriftlichen Mitteilung vereinbart wurde. Die Vereinbarung kann danach wieder aufgenommen werden.
- 12.2 Die Hochschuleinrichtung kann den Vertrag jederzeit aussetzen, wenn der/die Teilnehmende eine Straftat begangen hat oder im Verdacht steht, eine solche begangen zu haben:
- wesentliche Fehler, Unregelmäßigkeiten oder Betrug oder
 - schwerwiegende Verstöße gegen die Verpflichtungen im Rahmen dieser Vereinbarung oder während der Vergabe (*einschließlich der nicht ordnungsgemäßen Durchführung der Maßnahme, der Vorlage falscher Informationen, der Nichtbereitstellung erforderlicher Informationen, des Verstoßes gegen die Standesregeln (falls zutreffend), usw.*).
- 12.3 Sobald die Umstände die Wiederaufnahme der Durchführung zulassen, müssen sich die Parteien unverzüglich auf ein Datum für die Wiederaufnahme einigen (*einen Tag nach Ende der Aussetzung*). Die Aussetzung wird mit Wirkung ab dem Datum des Endes der Aussetzung aufgehoben.
- 12.4 Während der Aussetzung wird keine finanzielle Unterstützung an den/die Teilnehmende/n gezahlt.
- 12.5 Der/die Teilnehmende hat keinen Anspruch auf Schadenersatz wegen der Aussetzung durch die Hochschuleinrichtung.
- 12.6 Die Aussetzung lässt das Recht der Hochschuleinrichtung auf Beendigung der Vereinbarung unberührt (*siehe Artikel 13*).

Artikel 13 - Beendigung des Vertrags

- 13.1 Der Vertrag kann von jeder Partei gekündigt werden, wenn Umstände eintreten, die die Durchführung des Vertrages undurchführbar, unmöglich oder übermäßig schwierig machen. Die/der Teilnehmende ist in der Nachweispflicht.
- 13.2 Im Falle einer solchen Beendigung hat der/die Teilnehmende Anspruch auf mindestens den Betrag der finanziellen Unterstützung, der der tatsächlichen Dauer des Aktivitätszeitraums entspricht. Der/die Teilnehmende muss jedwede etwaige Restbeträge zurückzahlen.
- 13.3 Bei schwerwiegenden Verstößen gegen die Verpflichtungen oder wenn der/die Teilnehmende Unregelmäßigkeiten, Betrug oder Korruption begangen hat oder in eine kriminelle Vereinigung, Geldwäsche, terrorismusbezogene Straftaten (*einschließlich Terrorismusfinanzierung*), Kinderarbeit oder Menschenhandel verwickelt ist, kann die Hochschuleinrichtung die Vereinbarung durch förmliche Mitteilung an die andere Partei kündigen.
- 13.4 Die Hochschuleinrichtung behält sich das Recht vor, gerichtliche Schritte einzuleiten, wenn eine beantragte Rückerstattung nicht freiwillig innerhalb der per Einschreiben mitgeteilten Frist erfolgt.
- 13.5 Die Kündigung wird zu dem in der Mitteilung als „Kündigungsdatum“ angegebenen Datum wirksam.
- 13.6 Der/die Teilnehmende hat keinen Anspruch auf Schadenersatz wegen der Kündigung durch die Hochschuleinrichtung.

Artikel 14 - Kontrollen und Prüfungen

- 14.1 Die Parteien der Vereinbarung verpflichten sich, alle detaillierten Informationen zur Verfügung zu stellen, die von der Europäischen Kommission, der Nationalen Agentur von Deutschland (NA DAAD) oder einer anderen externen Stelle, die von der Europäischen Kommission oder der Nationalen Agentur von Deutschland (NA DAAD) ermächtigt wurde, angefordert werden, um zu überprüfen, ob die Mobilitätsphase und die Bestimmungen der Vereinbarung ordnungsgemäß umgesetzt werden oder wurden.
- 14.2 Jede Feststellung im Zusammenhang mit der Vereinbarung kann zu den in Artikel 6 genannten Maßnahmen oder zu weiteren rechtlichen Schritten im Sinne des geltenden nationalen Rechts führen.

Artikel 15 - Schadenersatz

- 15.1 Jede Partei dieser Vereinbarung stellt die andere Partei von jeglicher zivilrechtlichen Haftung für Schäden frei, die sie oder ihre Mitarbeitende infolge der Erfüllung dieser Vereinbarung erleiden, sofern diese Schäden nicht auf ein schweres und vorsätzliches Fehlverhalten der anderen Partei oder ihrer Mitarbeitenden zurückzuführen sind.
- 15.2 Die Nationale Agentur von Deutschland (NA DAAD), die Europäische Kommission oder ihr Personal können nicht haftbar gemacht werden, wenn im Rahmen der Vereinbarung ein Schaden geltend gemacht wird, der während der Durchführung der Mobilitätsphase entstanden ist. Folglich werden die Nationale Agentur von Deutschland (NA DAAD) oder die Europäische Kommission keinen Antrag auf Entschädigung oder Rückerstattung im Zusammenhang mit einem solchen Anspruch annehmen.

Artikel 16 - Höhere Gewalt

- 16.1 Eine Partei, die durch höhere Gewalt daran gehindert wird, ihre vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen, kann nicht als vertragsbrüchig angesehen werden.
- 16.2 „Höhere Gewalt“ bedeutet jede Situation oder jedes Ereignis, das:
- eine der Parteien daran hindert, ihre Verpflichtungen aus der Vereinbarung zu erfüllen,
 - unvorhersehbar war, eine Ausnahmesituation war und außerhalb der Kontrolle der Parteien lag,
 - nicht auf Fehler oder Fahrlässigkeit seitens des/der Teilnehmenden (*oder seitens anderer an der Aktion beteiligter Stellen*) zurückzuführen ist und
 - sich trotz aller Sorgfalt als unvermeidlich erweist.
- 16.3 Jede Situation, die einen Fall höherer Gewalt darstellt, muss der anderen Partei unverzüglich unter Angabe der Art, der voraussichtlichen Dauer und der vorhersehbaren Auswirkungen förmlich mitgeteilt werden.
- 16.4 Die Parteien müssen unverzüglich alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um den durch höhere Gewalt verursachten Schaden zu begrenzen, und alles tun, um die Durchführung der Maßnahme so schnell wie möglich wieder aufzunehmen.

Artikel 17 - Anwendbares Recht und zuständiges Gericht

- 17.1 Die Vereinbarung unterliegt deutschem Recht.
- 17.2 Für Streitigkeiten zwischen der Hochschuleinrichtung und dem/der Teilnehmenden über die Auslegung, Anwendung oder Gültigkeit dieser Vereinbarung ist ausschließlich das nach dem anwendbaren nationalen Recht bestimmte zuständige Gericht zuständig, wenn diese Streitigkeiten nicht gütlich beigelegt werden können.

Artikel 18 - Inkrafttreten

Die Vereinbarung tritt am Tag der Unterzeichnung durch die Hochschuleinrichtung oder den/die Teilnehmende/n in Kraft, abhängig davon, welcher zuletzt liegt.

Unterschriften

Teilnehmende/r:

Name: _____

Unterschrift

Trier, Datum: _____

Hochschuleinrichtung:

i.A. _____

Unterschrift

Trier, Datum: _____



Anhang 1

Leitaktion 1 - HOCHSCHULBILDUNG - Hochschule Trier

- Lernvereinbarung für Erasmus+ Studierendenmobilität für Studium
- Lernvereinbarung für Erasmus+ Studierendenmobilität für Praktika
- Mobilitätsvereinbarung für Erasmus+ für die Mobilität von Personal zu Lehrzwecken
- Mobilitätsvereinbarung für Erasmus+ für die Mobilität von Personal zu Fort- und Weiterbildungszwecke